

# **Göttinger Erklärung zur Verbesserung der Kommunalfinanzen**

Veröffentlicht anlässlich des Aktionsforums Kommunalfinanzen auf Einladung der Stadt Göttingen am 10.6.2013

## **Eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen ist leistbar!**

### **Bund und Land müssen handeln!**

Viele Landkreise, Städte und Gemeinden in Deutschland befinden sich finanziell in einer Abwärtsspirale, die ihre wichtigste Ursache in struktureller Unterfinanzierung hat. Oft haben diese Kommunen keine realistische Chance, die Entwicklung alleine durch die Konsolidierung ihrer Haushalte und Einsparmaßnahmen aufzuhalten. Die Unterfinanzierung der Kommunalhaushalte verringert die Handlungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung und stellt deren Sinn grundsätzlich in Frage. Sie führt bei WählerInnen, politischen Akteuren und MandatsträgerInnen vor Ort zu Hilflosigkeit und Politikverdrossenheit. Viele Kommunalparlamente haben kaum noch Möglichkeiten in die Zukunft ihrer Städte und Gemeinden zu investieren (aktueller Reformstau laut KfW: etwa 128 Mrd.€). Statt dessen sehen sie sich gezwungen, den Mangel zu verwalten, Schulden aufzuhäufen, „freiwillige Leistungen“, z.B. in Bildung, Soziales, Kultur, Umwelt und Sport zu kürzen, öffentliches Eigentum zu privatisieren und ihre Infrastruktur schleichend dem Verfall preiszugeben, z.B. indem sie auf die Instandhaltung von Verkehrswegen und öffentlichen Gebäuden verzichten. Ohne eigenes Verschulden zehren viele Kommunen die Substanz ihrer Infrastruktur langsam auf.

### **Die Zuwendungen des Landes und des Bundes reichen nicht aus!**

Die Zuwendungen von Bund und Ländern haben kein ausreichendes Gesamtvolumen. Die Ausgaben für soziale Pflichtleistungen steigen schneller als die zu ihrer Finanzierung erforderlichen Steuereinnahmen. Investitionsprogramme stehen oft nur Kommunen zur Verfügung, die noch in der Lage sind, die notwendige Co-Finanzierung für Förderprogramme aufzubringen und sich halbwegs über Wasser zu halten. Kommunen, die dazu nicht mehr in der Lage sind, droht die Zwangsverwaltung durch das Land, verbunden mit weiteren Einschnitten. Die Fusion von Gebietskörperschaften, oft als Ultima Ratio gepriesen, löst dieses Problem nur ansatzweise, kann aber leicht zum Verlust von Bürgernähe und demokratischer Einflussnahme führen.

Bislang haben die Kommunen in unserem politischen System keine ausreichende Lobby. Die Forderungen von Städte- und Gemeindetagen spielen in der aktuellen Tagespolitik – so auch im Bundestagswahlkampf 2013 – kaum eine Rolle. Auch die in unserem föderalen System vorgesehene Interessenwahrung in Gesetzgebungsverfahren durch die Länder ist kaum gewährleistet, weil die finanziellen Interessen von Bund, Ländern und Kommunen miteinander konkurrieren. Viel zu oft zahlen die Kommunen daher die Rechnung für Leistungen, die ihnen von Bund und Land aufgebürdet werden (fehlende Konnexität!). Und viel zu oft brüsten sich Landes- und Bundespolitik mit der Förderung repräsentativer Projekte, statt den Kommunen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die bestehenden Probleme mit vergleichbarer Zielsetzung bürgernäher, unbürokratischer und sinnvoller auf kommunaler Ebene gelöst werden können.

### **Es ist nicht akzeptabel, wenn den Kommunen eine auskömmliche Finanzierung mit dem Hinweis auf leere Kassen des Landes und Bundes verweigert wird.**

Die Länder und besonders die Bundesregierung haben in sehr viel stärkerem Maße die Möglichkeit, über die Höhe ihrer Einnahmen (und Ausgaben) selber zu entscheiden, sie zu erhöhen oder auf Einnahmen zu verzichten, wie es derzeit zu oft der Fall ist. Eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen ist leistbar. Sie setzt eine Politik voraus, die in jeder Hinsicht für Ausgleich sorgt, zwischen armen und reichen Menschen, zwischen armen und reichen Ländern und zwischen armen und reichen Kommunen.

Es ist Aufgabe der Politik auf Landes- und Bundesebene, sinnvolle Instrumente für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen zu entwickeln. Vorschläge, wie diese Instrumente aussehen könnten, hat z.B. der Deutsche Städte- und Gemeindebund im Jahr 2012 in seiner „Agenda 2020“ umfassend dargestellt:

[www.dstqb.de/dstqb/Pressemeldungen/Reform%20familienpolitischer%20Leistungen%20Unverzichtbar/Resolution\\_Agenda\\_22%20Mai%202012.pdf](http://www.dstqb.de/dstqb/Pressemeldungen/Reform%20familienpolitischer%20Leistungen%20Unverzichtbar/Resolution_Agenda_22%20Mai%202012.pdf)

**Im Einklang mit den Forderungen des Städte- und Gemeindebundes und Deutschen Städtetags fordern wir als Kommunen, KommunalpolitikerInnen und BürgerInnen den Bund und die Länder auf, die Kommunen auskömmlich zu finanzieren, dabei in stärkerem Maße für regionalen Ausgleich zu sorgen, die Konnexität sicherzustellen und den Vertretungen von Kreisen, Städten und Gemeinden angemessene Mitwirkungsrechte bei Gesetzgebungsverfahren einzuräumen.**

